

KURZ UND PRÄGNANT

AfD-Fraktion: Höckes Führungsstil

„Der vorübergehende Ausschluss von zwei Abgeordneten der AfD, welche sich kritisch gegenüber dem Rechtsaußen-Politiker Björn Höcke äußerten, zeigt vor allem eins: den diktatorischen Führungsstil des Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, der Kritik nicht duldet“, sagte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Thüringer Landtag, nach der Pressekonferenz am 13. Mai mit dem AfD-Fraktionsvorsitzenden zum vorläufigen Ausschluss zweier Abgeordneter aus der Fraktionsarbeit. Seit Monaten äußert sich Höcke völkisch-nationalistisch, gibt Interviews in klar neonazistischen Zeitschriften und positioniert sich faktisch innerhalb des rechten Spektrums. „Nun liegt es in den Händen von Jens Krumpke und Oskar Helmerich, ob sie sich diesem narzisstisch-diktatorischen Führungsstil erneut unterordnen wollen, oder Rückgrat beweisen und sich insbesondere von der Rechtsaußen-Politik der Thüringer AfD abgrenzen und mit ihrem Mandat die Fraktion der AfD verlassen“, so Katharina König. ■

Neonazi-Gewalt: Auf dem Rücken der Opfer

Mit scharfen Worten reagiert hatte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Steffen Dittes, auf die nach den Angriffen von Neonazis am 1. Mai in Weimar und Saalfeld „wildern Spekulationen“ des CDU-Fraktionsvorsitzenden, wonach es möglich sei, dass Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer Thüringen nicht mehr gewarnt hätten, weil in Thüringen V-Leute beim Verfassungsschutz abgeschaltet seien. „Mohring betreibt einen ideologisierten Schaukampf auf dem Rücken der Betroffenen von Neonazi-Gewalt.

Er unterstellt den Sicherheitsbehörden, bewusst Teilnehmer von DGB-Kundgebungen und Anti-Nazi-protesten der Gefahr von Nazi-Angriffen ausgesetzt zu haben, weil Thüringen auf das gefährliche und unaugliche Mittel bezahlter Nazi-Spitzel verzichtet. Sachsen, Brandenburg und Hessen bedienen sich der Neonazis als V-Leute. Es wird vielmehr so sein, dass deren Einsatz den Übergriff von Weimar nicht verhinderte, die dortigen Sicherheitsbehörden auch nicht in Kenntnis des Vorhabens waren.“ Steffen Dittes forderte Mike Mohring auf, sich an der Debatte um eine wirksame Bekämpfung extrem rechter Einstellungen in der Gesellschaft und neonazistischer Organisationen zu beteiligen, anstatt die Opfer der Naziangriffe zu instrumentalisieren. ■

„Gegen die Verdrehung der Geschichte“

Vor der Gedenkveranstaltung zum 8. Mai im Thüringer Landtag, zu der Landtagspräsident Christian Carius (CDU) am Vorabend unter der Überschrift „Gedenken und Erinnern zum 70. Jahrestag des Kriegsendes“ eingeladen hatte, fand eine Kundgebung vor dem Plenargebäude statt unter dem Motto: „Gegen die Verdrehung der Geschichte. 8. Mai - Tag der Befreiung“.

In einer gemeinsamen Erklärung hatten der Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (TVVdN/BdA), dessen Vorsitzende Elke Pudszuhn am Protest teilgenommen hatte (s. Foto), die Jusos Thüringen und [solid]/SDS Erfurt betont:

„Man kann sich zu recht fragen, warum der Präsident des Thüringer Landtags vom eigentlichen Datum der Befreiung von der faschistischen Barbarei abweicht und sich stattdessen mit seiner Gedenkveranstaltung auf das Ende des zweiten Weltkriegs zurückzieht.

Auf Nachfrage bezeichnet Carius Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, als 'ideologisch motivierte, phraseologische Geschichtsklitterung der SED-Diktatur'.

Diese stehe 'einer angemessenen historischen Würdigung und Einordnung der Ereignisse im Jahr 1945 entgegen'.

In der Erklärung heißt es weiter: „Der Tag der Befreiung spielt nicht nur für überlebende Verfolgte des Naziregimes, für AntifaschistInnen, DemokratInnen und WiderstandskämpferInnen eine bedeutende Rolle, er sollte auch für unser Gedenken an die Gräueltaten des Fa-

schismus in Deutschland besondere Würdigung erfahren. Dies erwarten wir auch von verantwortlichen Politikern wie Herrn Carius, der nicht zuletzt durch seine repräsentative Stellung den historischen Hintergrund des 8. Mai eindeutig als Befreiung benennen sollte. Stattdessen ergießt sich Carius' geschichtliche Bewertung einzig in schaler Polemik gegen eine vermeintliche Ideologisierung.“

nem Grußwort hervorhing. Das Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gefiel mir sehr gut, weil er mit 'Kindheitsmuster' von Christa Wolf die kulturellen und geistigen Leistungen der Ostdeutschen und der Thüringer mit einbezog – im Gegensatz zu den beiden anderen Rednern, die darauf kaum eingingen. 'Das Vergangene ist nicht vergangen...' Dieses Zitat stellte Christa Wolf ihrem Buch voran. Rikola-



Aus der Sicht der Thüringer Friedensarbeit

Ute Hinkeldein, die mit 25 Vertretern der Thüringer Friedensarbeit an der Gedenkveranstaltung teilgenommen hatte, schrieb dazu:

„Der Landtagspräsident, Herr Carius, hatte zum '70. Jahrestag des Endes des II. Weltkrieges' eingeladen, weil es für ihn keine 'Befreiung' war, wie aus sei-

Gunnar Lüttgenau von der Gedenkstätte Ettersberg-Buchenwald sagte im Zusammenhang mit den Neonazi-Attacken am 1. Mai 2015 in Weimar: 'Das gesellschaftliche Klima lässt Neonazis mutig werden.' Ein sehr kluger Gedanke, der an Christa Wolfs Buch anknüpft und auf die Probleme unserer Zeit hinweist. Dieser Satz könnte auch über der Gedenkveranstaltung stehen. (Forts. S. 10) ■

Gesetzentwurf der Koalition für Gedenktag 8. Mai

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und dem damit einhergehenden Ende des 2. Weltkrieges in Europa sind die Thüringer Landtagsfraktionen der LINKEN, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übereingekommen, den 8. Mai künftig als landesweiten Gedenktag in Erinnerung an die Befreiung zu begehen.

Dazu brachten die drei Fraktionen einen Gesetzentwurf ein, der die Verankerung des 8. Mai als Gedenktag anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges im Thüringer Feiertagsgesetz festschreibt. Die Gesetzesänderung soll den 8. Mai bewusst herausheben und damit dem Gedenken einen festen Rahmen geben, um die Erinnerung an dieses einschneidende Ereignis im öffentlichen Leben und für die

künftigen Generationen zu erhalten.

Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion:

„Angesichts zunehmender neonazistischer Gewalttaten, wie zuletzt am 1. Mai, ist die Verankerung eines Tages zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus ein richtiges und wichtiges Signal für Demokratie, Freiheit, Toleranz und Weltoffenheit und gegen jedwede rassistische Hetze, Gewalt gegen Minderheiten und Andersdenkende, gegen Antisemitismus und Antiziganismus sowie die Verherrlichung des verbrecherischen NS-Regimes.“

Die Sprecherin für Opferverbände der SPD-Fraktion, Birgit Pelke, ergänzte: „Nur wer aus seiner Geschichte die richtigen Schlüsse zieht, ist gut für die Gegenwart und Zukunft gerüstet. Der 8. Mai als Gedenktag soll dafür in Thüringen Anstoß geben, nicht nur an runden Jubiläen an einen Teil unserer Geschichte zu erinnern, der

besonders wichtig ist und niemals vergessen werden darf.“

Astrid Rothe-Beinlich, Sprecherin für Aufarbeitung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fügte hinzu: „Mit dem Gedenktag zum Tag der Befreiung unterstreicht die Regierungskoalition ihren Willen, die Lehren aus der Geschichte anzunehmen und konsequent für Frieden, die Verteidigung demokratischer Werte und der Menschenrechte einzustehen. Nie wieder dürfen wir Nazis und Rassisten unser Land überlassen. Deshalb zeigen wir auch immer und immer wieder Gesicht gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus.“

Mit der Gesetzesinitiative kann ab dem kommenden Jahr der 8. Mai als gesetzlicher Gedenktag öffentlich begangen werden. Thüringen wird sich auch für eine bundeseinheitliche Einführung des Gedenktages stark machen. ■